



HESSISCHER LANDTAG

09. 03. 2021

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Versäumnisse der Landesregierung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Der Anteil der in Alten- und Pflegeheimen lebenden Bürgerinnen und Bürger beträgt etwa 1 % der hessischen Bevölkerung. Diese Gruppe macht gleichzeitig etwa die Hälfte der an Corona verstorbenen Menschen in Hessen aus.
2. Die Alten- und Pflegeheime hatten lange Zeit nicht ausreichend Unterstützung seitens des Landes, um ihre Bewohner und ihr Personal zu schützen. Dabei fehlte es sowohl an personellen Ressourcen als auch an Schutzausrüstung sowie Testmaterial.
3. Die Bewohner und Angestellten der Alten- und Pflegeheime sollten prioritär geimpft werden. Dabei hat Hessen auch nach zweieinhalb Monaten nicht alle Bewohner der Alten- und Pflegeheime impfen können, die sich impfen lassen möchten.
4. Eine solide und wirksame Teststrategie der hessischen Landesregierung ist nicht zu erkennen. Während sich Land und Bund die Verantwortung zuschieben, bedarf es stattdessen niedrigschwelliger Angebote für Tests. Diese sind der Schlüssel zurück zu mehr Lockerungen und Freiheitsrechten, ohne den Gesundheitsschutz zu vernachlässigen. Neben den Alten- und Pflegeheimen sind auch Schulen und Kitas sowie Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen schwer von den fehlenden Angeboten betroffen.
5. Die derzeitigen pandemiebedingten Belastungen für Kinder und Jugendliche sind immens groß. Das Fehlen sozialer Kontakte, schulischer Bildung sowie das Ausbleiben von Möglichkeiten der Freizeitgestaltung seit nun über einem Jahr sind drastisch und hinterlassen Spuren bei vielen Kindern und Jugendlichen. Kinder sind unsere Zukunft. Durch die derzeitigen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie riskieren wir, eine ganze Generation dauerhaft zu schädigen – sowohl aufgrund der ausbleibenden Bildung, der verlorenen Zeit und der psychosozialen Schäden.
6. Nach derzeitigen Erkenntnissen spielen Kinder und Jugendliche hinsichtlich des Infektionsgeschehens eine untergeordnete Rolle. Sie sind weder besonders infektiös noch geneigt, sich schnell zu infizieren. Auch sind schwere Krankheitsverläufe bei Kindern und Jugendlichen verhältnismäßig selten. Das darf selbstverständlich nicht darüber hinweg täuschen, dass der Gesundheitsschutz nicht außer Acht gelassen werden darf. Dazu gehört jedoch auch die psychische Gesundheit, die nicht gefährdet werden darf.
7. Hessen liegt im Ranking der Bundesländer im letzten Drittel hinsichtlich der Anzahl der geimpften Bürgerinnen und Bürger. Während der Impfstoff zunächst ausblieb, blieb er sodann liegen, da die Landesregierung die Zweitimpfungen zurückhielt. Nach der Erstimpfung mit dem Impfstoff von BionTech wird bereits ein etwas 80-prozentiger Schutz erreicht. Die Zweitimpfung kann nach derzeitigen Erkenntnissen in einem Abstand von bis zu 42 Tagen erfolgen.
8. Die Impfzentren werden kostspielig vorgehalten, während der Andrang mangels Impfstoff die Zentren nicht annähernd auslastet. Perspektivisch ist mit mehr Impfstoff-Lieferungen und einem Anwachsen der täglich nicht verimpften Dosen zu rechnen. Die hessischen niedergelassenen Ärzte haben die notwendige Infrastruktur, um Patienten zügig und wohnortnah zu impfen. Die Impfstoffe lassen dies logistisch zu und die Ärzte sind bereit, ihre Aufgabe zu übernehmen.

9. Die Landesregierung hat die oben beschriebenen Defizite maßgeblich zu verantworten. Statt jedoch Verantwortung zu übernehmen und Fehler einzugestehen, weist sie diese von sich.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Tests verlässlich und niedrigschwellig zur Verfügung zu stellen. Sowohl für den privaten präventiven Gebrauch sind Schnelltestungen sinnvoll als auch für das Aufrechterhalten den Schulbetriebes und der Kinderbetreuung. Dabei sind auch die Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen zu berücksichtigen und ihnen sind schnellstmöglich kostenlose Tests zur Verfügung zu stellen.
2. Einschränkende Maßnahmen für Kinder und Jugendliche unter Berücksichtigung der oben beschriebenen Folgen zurückzunehmen und insbesondere Sport- und Freizeitaktivitäten wieder möglich zu machen.
3. Psychologische Betreuung für Kinder und Jugendliche sicherzustellen. Derzeit sind nicht ausreichend Therapie-Angebote vorhanden und der Bedarf wird perspektivisch, auch durch den Lockdown bedingt, steigen. Hier ist die Landesregierung gefordert, ein Konzept zu erarbeiten und die psychotherapeutische Versorgung langfristig sicherzustellen.
4. Mit Nachdruck den Bürgerinnen und Bürgern ein zügiges und niedrigschwelliges Impfangebot zu machen. Dabei sind insbesondere auch immobile Patienten sowie Beschäftigte der Kinder- und Jugendhilfe zu berücksichtigen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 9. März 2021

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock